

Der Bundesvoranschlag 1969

Der vorliegende Aufsatz gibt einen Überblick über den Bundesvoranschlag 1969. Er erläutert die Schwierigkeiten der Budgeterstellung und beschreibt die Entwicklung der wichtigsten Einnahmen- und Ausgabenarten. Zum Vergleich wird der Voranschlag 1968 (einschließlich des halben Eventualbudgets) herangezogen, der annähernd dem voraussichtlichen Erfolg entsprechen dürfte.

Allgemeine Charakteristik

Der *Bundesvoranschlag 1969* sieht Gesamtausgaben von 93 48 Mrd. S vor, davon 90 51 Mrd. S in der ordentlichen und 2 97 Mrd. S in der außerordentlichen Gebarung. Die Gesamteinnahmen werden auf 85 50 Mrd. S geschätzt. Der Gesamthaushalt hat damit einen formellen Abgang von 7 98 Mrd. S. Schaltet man die Schuldentilgungen (4 98 Mrd. S) und andere nicht-inlandswirksame Transaktionen aus, dann verbleibt ein Netto-Defizit von 2 7 Mrd. S (2 9% der Budgetsumme oder 0 9% des Brutto-Nationalproduktes). Es entspricht etwa dem des letzten Hochkonjunkturjahres (1964).

Der Bundesvoranschlag 1969

	1968	1969	Differenz	
	in Mill. S			in %
Ordentliche Gebarung				
Ausgaben	81 177	90 508	+ 9 331	11 5
Einnahmen	77 654	85 463	+ 7 809	10 1
	3 523	5 045	+ 1 522	43 2
Außerordentliche Gebarung				
Ausgaben	3 467	2 973	- 494	- 14 2
Einnahmen	—	40	+ 40	
Gesamtgebarungsabgang	6 990	7 978	+ 988	14 1
Gesamtausgabenrahmen	84 644	93 481	+ 8 837	10 4
Gesamtbudget einschließlich des halben Eventualbudgets 1968				
Gesamtgebarungsabgang	8 184	7 978	- 206	- 2 5
Gesamtausgabenrahmen	85 839	93 481	+ 7 642	8 9

Verglichen mit dem *Voranschlag 1968* (einschließlich des halben Eventualbudgets) werden die Gesamtausgaben um 7 64 Mrd. S oder 9% (ohne Durchlaufposten 8%) ausgeweitet. An Einnahmen werden um 7 85 Mrd. S oder 10% (ohne Durchlaufposten 9%) mehr erwartet. Die Steigerungssätze liegen etwas über der erwarteten Zuwachsrates des Sozialproduktes (nominell 7% bis 8%). Die Ausgabenstruktur verschiebt sich zugunsten des Personalaufwandes und des Staatsschuldendienstes. Die Transferausgaben wachsen unterdurchschnittlich, der übrige Sachaufwand bleibt im ganzen unverändert. Von den Mehr-

einnahmen entfällt fast die Hälfte auf Steuererhöhungen.

Entwicklung der Budgetsalden

Jahr	Budgetdefizit		Netto-Defizit in Budgetsumme	Prozent von Brutto-Nationalprodukt
	brutto	netto ¹⁾		
in Mrd. S				
1958	5 5	4 6	11 5	3 4
1964	4 6	1 7	2 7	0 8
1965	3 9	0 5	0 7	0 2
1966	3 7	0 9	1 2	0 3
1967	7 8	4 3	5 4	1 6
1968 ²⁾	8 2	4 4	5 1	1 5
1969 ³⁾	8 0	2 7	2 9	0 9

¹⁾ Inlandswirksames Netto-Defizit (ohne Schuldentilgung). — ²⁾ Einschließlich des halben Eventualbudgets, voraussichtlicher Erfolg. — ³⁾ Laut Bundesvoranschlag

Der Voranschlag 1969 muß gegen den Hintergrund der *Budgetproblematik der letzten Jahre* beurteilt werden. 1967 und 1968 hat die Finanzpolitik größere Budgetdefizite in Kauf genommen, die konjunkturpolitisch motiviert werden konnten. 1967 betrug das Defizit brutto 7 8 Mrd. S und netto 4 3 Mrd. S. Für 1968 zeichnen sich Abgänge von 8 2 Mrd. S und 4 4 Mrd. S ab. Eine mehrjährige *Budgetvorschau*, die das Finanzministerium im Frühjahr 1968 ausarbeitete, ließ erkennen, daß sich die Defizite auch dann nicht verringern würden, wenn sich die Konjunktur wieder spürbar belebt. Vielmehr war eine Ausweitung der Brutto-Defizite ab 1969 auf 16 Mrd. S jährlich zu erwarten, da die Einkommensteuerreform und die Kapitalmarktgesetze das Steueraufkommen schmälern und mit beträchtlichen Mehrausgaben aus gesetzlichen Verpflichtungen (insbesondere aus der Besoldungsreform) gerechnet werden mußte.

Die drohenden „strukturellen Defizite“ konnten konjunkturpolitisch nicht vertreten werden und wären mit den zur Zeit verfügbaren Finanzierungstechniken nicht zu finanzieren gewesen. Die Bundesregierung beschloß daher bereits im Frühjahr 1968 verschiedene *Sanierungsmaßnahmen* (mit Wirksamkeit ab 1. September 1968 oder 1. Jänner 1969). Wichtige

direkte Steuern wurden zeitlich befristet erhöht und neue Verbrauchsabgaben eingeführt. Ferner wurden die Zuschüsse des Bundes zur Sozialversicherung auf das tatsächliche Defizit beschränkt und die Dotierungen von Reserven des Familienlastenausgleichsfonds zurückgestellt. Auf diese Weise konnte das Bundesbudget um etwa 5 Mrd. S entlastet werden.

Diese Maßnahmen reichten jedoch nicht aus. Eine *Revision der Budgetvorschau* ergab noch immer Brutto-Abgänge von 10,8 Mrd. S (1969), 8,8 Mrd. S (1970) und 16,7 Mrd. S (1971). Der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen schätzte in einer Stellungnahme zur amtlichen Budgetvorschau die Defizite sogar auf 13,8 Mrd. S, 15,6 Mrd. S und 18,3 Mrd. S (bei gleichen Annahmen über die voraussichtliche Entwicklung des nominellen Brutto-Nationalproduktes). Die weit ungünstigeren Ergebnisse des Beirates erklären sich vor allem daraus, daß er die Ermessenskredite 1968 einschließlich des halben Eventualbudgets in der Vorschauperiode real konstant hielt (die amtliche Vorschau enthielt nur die nominellen Beträge 1968 ohne Eventualbudget), die Konsequenzen der Defizitfinanzierung auf Zinsen- und Tilgungsaufwand berücksichtigte und auslaufende gesetzliche Verpflichtungen nicht aus der Vorschau auschied.

Budgetvorschauen 1969 bis 1971¹⁾

	1969	1970	1971
	Mrd. S		
a) Finanzministerium (Revision)			
Gesamtausgaben	94,4	95,8	104,5
Gesamteinnahmen	83,6	87,0	87,8
Brutto-Defizit	10,8	8,8	16,7
Schuldentilgung	6,1	4,3	5,5
Netto-Defizit	4,7	4,5	11,2
b) Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen			
Gesamtausgaben	97,9	103,5	108,1
Gesamteinnahmen	84,1	87,9	89,8
Brutto-Defizit	13,8	15,6	18,3
Schuldentilgung	6,1	5,8	5,5
Netto-Defizit	7,7	9,8	12,8

¹⁾ Unter der Annahme eines nominellen Wirtschaftswachstums von 7,5% im Jahre 1969 und jeweils 6% in den Jahren 1970 und 1971.

Tatsächlich gelang es im *Bundesvoranschlag 1969*, das Defizit in viel engeren Grenzen zu halten, als die Budgetvorschauen vermuten ließen. Es ist nicht leicht, die Unterschiede im einzelnen aufzuklären. Verglichen mit der Beirats-schätzung für 1969 weicht der Voranschlag vor allem in drei Punkten stark ab: Die Einnahmen sind um 1,4 Mrd. S höher veranschlagt, weil die günstige Konjunktur-entwicklung und kleine Korrekturen der Bahntarife optimistische Einnahmenerwartungen rechtfertigen. Ferner wurde die Belastung des Bundes durch finanzielle Trans-

aktionen (Schuldendienst, Erwerb von Beteiligungen, Darlehen und Zuschüsse für Investitionen in anderen Wirtschaftsbereichen) um 2,4 Mrd. S gesenkt. Schließlich waren große Einsparungen im Sachaufwand (allgemeiner Verwaltungsaufwand, Verteidigungsausgaben) unter Schonung der Investitionsbudgets möglich.

Die Abweichungen zwischen Bundesvoranschlag 1969 und den mittelfristigen Budgetvorschauen (insbesondere der des Beirates) bedeuten nicht, daß die Budgetvorschauen überflüssig oder falsch gewesen wären. Eine Vorschau skizziert nur die voraussichtliche Entwicklung, wenn keine neuen budgetpolitischen Maßnahmen getroffen werden, der Bundesvoranschlag ist das Ergebnis budgetpolitischer Entscheidungen. Die Finanzpolitik hatte sich zunächst mit dem unmittelbar brennenden Problem, der Reduzierung des Budgetdefizites 1969 auf eine konjunkturpolitisch vertretbare und finanziell zu bewältigende Größe zu befassen. Diese Aufgabe konnte unter den gegebenen politischen Rahmenbedingungen gelöst werden. Andere Probleme, die in den Budgetvorschauen aufgezeigt wurden, bleiben nach wie vor offen. Dazu gehören etwa die Verschiebung der Ausgabenstruktur zugunsten des Personalaufwandes, wodurch es immer schwieriger wird, eine den wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnissen angemessene Infrastruktur bereitzustellen, oder die „Strukturschwäche“ der Staatseinnahmen (sie wachsen bei konstanten Steuersätzen und Tarifen langsamer als das nominelle Brutto-Nationalprodukt, weil wichtige Bundesbetriebe nur mäßige Wachstumschancen haben und der Anteil des Bundes an den Brutto-Erträgen an öffentlichen Abgaben eine sinkende Tendenz zeigt).

Struktur der Bundesausgaben und -einnahmen

Die wichtigsten Ausgaben- und Einnahmearten werden sich 1969 wie folgt entwickeln (die Vergleiche beziehen sich jeweils auf den Voranschlag 1968):

Die Ausgaben des Bundes für *Löhne, Gehälter und Pensionen* werden um 3,85 Mrd. S oder 13% auf 34,45 Mrd. S ausgeweitet. Vom Personalaufwand, der bereits mehr als 36% der gesamten Budgetausgaben umfaßt, entfallen 25,24 Mrd. S auf Aktivbezüge und 9,21 Mrd. S auf Pensionen. Die kräftige Ausweitung ist hauptsächlich eine Folge der ersten beiden Etappen der Besoldungsreform. Die Bezüge der öffentlich Bediensteten wurden ab 1. Oktober 1968 um durchschnittlich 13,5% (12% plus 1,5% Teuerungszulage) erhöht. Ab 1. September 1969 ist mit einer weiteren Steigerung um 5% (2% plus 3% Teuerungszulage) zu rechnen. Außerdem wirken sich

besoldungsrechtliche Maßnahmen von geringerer Bedeutung und die normalen Vorrückungen aus. Für aktive Bedienstete (ohne die Lehrer, die im Personalstand der Länder geführt werden) sind etwas weniger Dienstposten vorgesehen als 1968. Auch die Zahl der Pensionisten wird etwas sinken.

Struktur der Bundesausgaben

	Bundesvoranschlag		Differenz	
	1968 ¹⁾	1969		in %
	in Mill. S.			
Löhne und Gehälter	22 257	25 241	+2 984	13,4
Pensionen	8 341	9 208	+ 867	10,4
Kinder- und Familienbeihilfen	6 514	6 848	+ 334	5,1
Kriegsopferfürsorge	2 084	2 234	+ 150	7,2
Arbeitsverwaltung (Sachaufwand)	1 505	1 784	+ 279	18,5
Sozialversicherung	8 495	8 951	+ 456	5,4
Preisstützungen	2 526	2 804	+ 278	11,0
Landesverteidigung (Sachaufwand)	2 593	2 389	- 204	- 7,9
Finanzschuld	5 503	8 046	+2 543	46,2
Finanzausgleich	445	450	+ 5	1,1
Sachaufwand der Verwaltung (i. e. S.)	1 816	1 842	+ 26	1,4
Instandhaltung	1 690	1 650	- 40	- 2,4
Brutto-Investitionen	7 884	8 060	+ 176	2,2
Investitionsförderung	2 082	1 750	- 332	-15,9
Betriebsaufwand (sachl. der Bundesbetriebe)	4 894	5 059	+ 165	3,4
Sonstiger Sachaufwand (Restpost)	7 210	7 165	- 45	- 0,6
Gesamtausgaben	85 839	93 481	+7 642	8,9

¹⁾ Einschließlich des halben Eventualbudgets

Für *familienpolitische Zwecke* sind um 0,33 Mrd. S oder 5% mehr vorgesehen als 1968. Die Sätze der Familienbeihilfen bleiben gleich, doch steigt die Zahl der Beihilfenempfänger hauptsächlich wegen der längeren Schulpflicht. Die *Kriegsopfer* (oder ihre Hinterbliebenen) erhalten pro Kopf um 10% mehr (davon entfallen 7% auf die Rentendynamik und der Rest auf Leistungsverbesserungen für besonders Bedürftige). Da die Zahl der Versorgungsberechtigten abnimmt, steigt der Gesamtaufwand nur um 7%. Die Sachausgaben der *Arbeitsverwaltung* (hauptsächlich Transferzahlungen an private Haushalte) erhöhen sich um 18%, vor allem, weil die Durchschnittssätze der Arbeitslosenunterstützung angehoben wurden. Die *Bundesbeiträge zur Sozialversicherung* wachsen um 5% auf 8,95 Mrd. S, ähnlich wie 1968, aber schwächer als in den Jahren vorher. Da die öffentlich-rechtlichen Versicherungsanstalten voraussichtlich um 9% mehr einnehmen werden, reichen die Bundesbeiträge aus, die Erhöhung der Renten ab 1. Jänner 1969 um 7% und andere Mehrleistungen zu finanzieren.

Nach der teilweisen Überwälzung der *landwirtschaftlichen Preisstützungen* auf Produzenten (1968) und Konsumenten (1967) in den letzten beiden Jahren bleiben 1969 die Stützungsbeiträge je Produkteinheit unverändert. Dennoch steigt der Gesamtaufwand um 0,28 Mrd. S (+11%), da (zumindest im Vergleich

zum Voranschlag 1968) mit höheren Marktleistungen zu rechnen ist und mehr Budgetmittel zur Deckung des Verlustes des Milchwirtschaftsfonds bereitgestellt werden. Für Milch beträgt der Mehraufwand 211 Mill. S, für Brotgetreide und Schlachtvieh 77 Mill. S.

Der Sachaufwand für die *Landesverteidigung* wurde um 0,20 Mrd. S oder 8% gekürzt. Einschließlich des Personalaufwandes, der mit den erhöhten Bezügen steigt, werden 3,79 Mrd. S ausgegeben. Damit sinkt die „Wehrquote“, die 1964 einen Höchstwert von 1,5% erreicht hatte, auf 1,2% des Brutto-Nationalproduktes.

Die Bedienung der *Finanzschuld* erfordert 8,05 Mrd. S; um 2,54 Mrd. S oder 46% mehr als 1969. 4,99 Mrd. S entfallen auf Tilgungen, 3,06 Mrd. S auf Zinsendienst und Spesen. 1967 und 1968 wurden relativ viel kurzfristige Verpflichtungen eingegangen, die zurückgezahlt werden müssen. Für einige langfristige Kredite und Anleihen der letzten Jahre beginnen die Tilgungen.

Die *Investitionen* im weiteren Sinne mußten geschätzt werden, da eine genaue Zusammenstellung noch nicht vorliegt. Sie dürften 11,5 Mrd. S erreichen, um etwa 2% weniger als 1968 einschließlich des halben Eventualbudgets, das mehr als 0,5 Mrd. S Brutto-Investitionen und 0,3 Mrd. S Investitionsförderung enthielt. Die Brutto-Anlageinvestitionen des Bundes im engeren Sinne (ohne Instandhaltung und Investitionsförderung) steigen um 2% auf 8,06 Mrd. S, hauptsächlich weil der aus zweckgebundenen Einnahmen finanzierte Bundesstraßenbau um mehr als 7% ausgeweitet wird. Die Investitionsförderung (Darlehen und Zuschüsse an Unternehmungen für Investitionszwecke) dagegen wurde um 16% gekürzt. Sie ist mit 1,75 Mrd. S etwa so hoch wie im Voranschlag 1968 ohne Eventualbudget.

Der sachliche *Betriebsaufwand* der Bundesbetriebe wurde mit 5,06 Mrd. S (Zunahme 165 Mill. S oder 3%) knapp gehalten, ebenso der laufende Sachaufwand der Hoheitsverwaltung.

Die *funktionelle Gliederung* des Bundesvoranschlags (Gliederung nach Aufgabenbereichen) läßt erkennen, daß Erziehung und Forschung weiterhin einen Budgetschwerpunkt bilden (Zuwachsrate fast 14%). Die Ausgaben im Bereich „Wirtschaft“ werden um 2% niedriger sein als 1968, wobei allerdings die Umbuchung des halben Pensionsaufwandes der Bundesbahnen von 1,7 Mrd. S auf die Hoheitsverwaltung ins Gewicht fällt. (Ohne diese Umbuchung sind die Aufwendungen für die Wirtschaft um 3% höher als im Voranschlag 1968 einschließlich des halben Eventualbudgets.) Der besonders kräftige Zuwachs

in der „übrigen Hoheitsverwaltung“ erklärt sich aus der bereits erwähnten Umbuchung, der sprunghaften Ausweitung des Schuldendienstes und einer „Pauschalvorsorge für Ausgaben aus Rücklagenauflösung“ von 600 Mill. S.

Die Bundesausgaben in funktioneller Gliederung

Aufgabenbereiche	Bundesvoranschlag		Differenz		in %
	1968 a)	1969 b)	zu b)	in %	
	in Mill. S.				
11 Erziehung und Unterricht	6.692	6.785	7.850	+1.065	15,7
12 Forschung und Wissenschaft	2.016	2.050	2.279	+ 229	11,2
13 Kunst	731	765	776	+ 11	1,4
14 Kultus	139	139	155	+ 16	11,5
Summe 11—14	9.578	9.739	11.060	+1.321	13,6
21 Gesundheit	360	360	379	+ 19	5,3
22 Soziale Wohlfahrt	20.996	21.046	22.369	+1.323	6,3
23 Wohnungsbau	382	382	339	- 43	-11,3
Summe 21—23	21.738	21.788	23.087	+1.299	5,9
32 Straßen	4.347	4.497	4.815	+ 318	7,1
33 Sonstiger Verkehr	19.853	20.126	19.897	- 229	- 1,1
34 Land- und Forstwirtschaft	3.421	3.666	3.563	- 103	- 2,8
35 Energiewirtschaft	363	363	12	- 351	
36 Industrie und Gewerbe	874	956	780	- 176	-11,8
37 Öffentliche Dienstleistungen	1.167	1.188	1.268	+ 80	6,7
38 Private Dienstleistungen	1.273	1.273	1.132	- 141	-10,8
Summe 32—38	31.297	32.069	31.467	- 602	- 1,9
41 Landesverteidigung	3.657	3.770	3.788	+ 18	0,5
42 Staats- und Rechtssicherheit	3.195	3.203	3.533	+ 330	10,3
43 Übrige Hoheitsverwaltung	15.179	15.269	20.546	+5.277	34,6
Summe 41—43	22.031	22.242	27.867	+5.625	25,3
Gesamtausgaben	84.644	85.839	93.481	+7.643	8,9

a) Bundesvoranschlag 1968.
b) Bundesvoranschlag 1968, einschließlich des halben Eventualbudgets.

Die Brutto-Einnahmen an öffentlichen Abgaben werden mit 74,49 Mrd. S um 10% oder 7,02 Mrd. S höher veranschlagt als 1968. 30,21 Mrd. S (+11%) sollen die direkten Steuern, 44,28 Mrd. S (+10%) die indirekten Steuern einbringen. Nach Abzug der Überweisungen an die Länder, Gemeinden und Fonds verbleiben dem Bund Netto-Abgaben von 48,91 Mrd. S, um 5,4 Mrd. S oder 12% mehr als 1968. Die Überweisungen an andere öffentliche Körperschaften (+7%) wachsen im Gegensatz zu den letzten Jahren nur unterproportional. Das ist hauptsächlich eine Folge des zweiten Abgabenänderungsgesetzes 1968. Auf zwei Jahre befristet fließen dem Bund Sonderabgaben vom Vermögen in Höhe von 50% der Vermögensteuer und Zuschläge von 10% zur Einkommen-, Lohn-, Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer zu. Diese Steuererhöhungen werden etwa 2,07 Mrd. S bringen. Auch die Sonderabgaben auf alkoholische Getränke und auf Kraftfahrzeuge mit einem geschätzten Ertrag von 1,26 Mrd. S kommen zum weitaus überwiegenden Teil dem Bund zugute. Das Aufkommen an Umsatzsteuer und anderen wichtigen Verbrauchsteuern wurde vorsichtig geschätzt. Dazu mag der

Umstand beigetragen haben, daß die Umsatzsteuererträge vor allem in der Rezession 1967 schwächer wuchsen als das Brutto-Nationalprodukt.

Entwicklung der Abgabenerträge

	1966		1967		1968		1969
	Zunahme gegen das Vorjahr in %						
	a)		b)		b)		
Direkte Steuern	+11,4	+ 5,9	- 1,5	+ 2,4	+10,9		
Indirekte Steuern	+10,9	+ 4,0	+13,1	+13,8	+10,1		
Abgaben, brutto	+11,1	+ 4,8	+ 6,8	+ 8,9	+10,4		
Abgaben netto	+11,1	+ 1,3	+10,8	+10,7	+12,4		

a) Erfolg Jänner bis September.
b) Zunahme laut Bundesvoranschlag (1968 gegen Erfolg 1967)

Die steuerähnlichen Einnahmen sollen um 6% auf 10,33 Mrd. S steigen. Darin sind erstmalig Mautgebühren der Brenner-Autobahn von 120 Mill. S sowie ein hoher Netto-Ertrag von 200 Mill. S aus dem Münzregal (Ausprägung unedler legierter 5-Schilling-Münzen) enthalten.

Struktur der Bundeseinnahmen

	Bundesvoranschlag		Differenz	
	1968	1969	in Mill. S	in %
Direkte Steuern insgesamt	27.243	30.210	+2.967	10,9
davon Einkommensteuer	7.600	7.100	- 500	- 6,6
Lohnsteuer	6.500	8.200	+1.700	26,2
Körperschaftsteuer	2.640	2.200	- 440	-20,0
Vermögensteuer	900	1.380	+ 480	53,3
Gewerbesteuer	5.000	4.840	- 160	- 3,2
Beiträge vom Einkommen	4.290	6.159	+1.869	43,6
Sonstige	313	331	+ 18	5,7
Indirekte Steuern insgesamt	40.225	44.277	+4.052	10,1
davon Umsatzsteuer samt Zuschlag	17.577	18.675	+1.098	6,2
Zölle	4.900	4.950	+ 50	1,0
Verbrauchssteuern einschl. Sonderabgaben	9.330	11.242	+1.912	20,5
Gebühren und Verkehrsteuern	8.178	9.037	+ 859	10,5
Sonstige	240	373	+ 133	55,4
Öffentliche Abgaben insgesamt	67.468	74.487	+7.019	10,4
Minus Überweisungen an Länder, Gemeinden, Fonds usw.	23.966	25.579	+1.613	6,7
Bundesabgaben netto	43.503	48.908	+5.405	12,4
Steuerähnliche Einnahmen	9.720	10.330	+ 610	6,3
Vermögenserträge einschl. Veräußerungserlöse, Darlehensrückflüsse Zinsen	1.752	1.938	+ 186	10,6
Rücklagen	-	629	+ 629	-
Katastrophenfonds	534	560	+ 26	4,9
Finanzausgleich	721	821	+ 100	13,9
Überweisungen aus dem Ausland	100	109	+ 9	9,0
Sonstige Einnahmen der Hoheitsverwaltung	2.887	2.866	- 21	- 0,7
Hoheitsverwaltung insgesamt	59.217	66.161	+6.944	11,7
Einnahmen der Monopole und Betriebe	18.438	19.342	+ 904	4,9
davon Monopole	1.392	1.440	+ 48	3,4
Post	7.000	7.456	+ 456	6,5
Bundesbahnen	8.215	8.512	+ 297	3,6
Sonstige	1.831	1.934	+ 103	5,6
Gesamteinnahmen	77.655	85.503	+7.848	10,1

Von Monopolen und Betrieben werden 19,34 Mrd. S erwartet, um 5% mehr als 1968. Die relativ optimisti-

sche Schätzung stützt sich auf den erwarteten Konjunkturaufschwung, kleine Korrekturen der Bundesbahntarife und den stetig steigenden Trend der Fernsprecheinnahmen.

Sämtliche Einnahmenerwartungen wurden unter der Annahme einer *guten Konjunktur* erstellt. Als Arbeitshypothese wurde die bereits in der mittelfristigen Budgetvorschau von 1967 genannte Wachstumsrate

des realen Brutto-Nationalproduktes von 5% bis 6% beibehalten. (Die erste, vorläufige Prognose des Institutes für 1969 vom September 1968, die bis Mitte Dezember verfeinert und ausgebaut werden soll, hielt ein reales Wachstum von 5% für möglich.) Sollte sich die optimistische Konjunkturprognose für 1969 erfüllen, werden die Einnahmensätze verhältnismäßig leicht erreicht werden können

*Max Arbesser
Anton Kausel*